



Ballstädt ist nur ein Beispiel von vielen

Hauptverdächtiger ist Bindeglied zwischen Rechtsrock, Szenetreffs und Gewalt

Es ist gut, dass „durch die Thüringer Polizei Druck auf die Neonazi-Szene im Raum Ballstädt ausgeübt wurde, um den rechten Schlägern klar zu machen, dass solche Gewalttaten auch entsprechende Konsequenzen zur Folge haben“, erklärte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Solche Ereignisse wie in Ballstädt (Landkreis Gotha), wo in der Nacht zum 9. Februar eine Gruppe von Neonazis eine Feier der Kirmesgesellschaft gestürmt und zehn Menschen verletzt hatte, „dürfen nicht als ‚Wochenendschlägereien‘ verharmlost werden“.

„Ballstädt ist nur ein Beispiel von vielen: In Thüringen gibt es zahlreiche neonazistische Immobilien, bei denen Sicherheitsbehörden zwar gelegentlich mit Einzelmaßnahmen versuchen zu intervenieren, an einem Gesamtkonzept gegen rechte Veranstaltungs-, Konzert- und Trefforte mangelt es nach wie vor“, betonte die Landtagsabgeordnete mit Blick auf Objekte, wie in Kahla, Kirchheim oder Erfurt.

Hier gelte es, anzusetzen und Neonazis derartige Rückzugsräume zu nehmen, von denen aus sie nicht nur ihrer Ideologie freien Lauf lassen, von diesen Objekten gehen auch immer wieder Bedrohungen und Übergriffe aus. Der Fall Ballstädt sollte eine Mahnung an die beteiligten Akteure der Thüringer Sicherheitsbehörden sein,

beim nächsten Mal gleich auf Hinweise zu einem neonazistischen Hintergrund zu achten, so Katharina König mit Verweis auch auf die Kritik aus dem Kreis der Betroffenen.

Die vom Thüringer Innenminister eingerichtete „Besondere Aufbauorganisation (BAO) Zesar“ – sie war als eine Konsequenz der gravierenden Ermittlungsspannen bei der Verfolgung des NSU-Terrortrios gebildet worden – hat eine ganze Reihe von Durchsuchungen wegen Ballstädt durchgeführt. Sie ermittelt gegen 13 Verdächtige, hatte zwischenzeitlich fünf Personen vorläufig festgenommen und ein Neonazi, Thomas Wagner, befindet sich in Untersuchungshaft.

Straftaten mit Waffen und gewalttätige Übergriffe

Wagners Hintergrund „als extrem rechter Intensivstraftäter offenbart anschaulich die Verknüpfungen zwischen rechten Immobiliengeschäften, Musik- und Vertriebsstruktur sowie militanten Neonazischlägern“, sagte die Abgeordnete. Wagner sei bereits seit den 90er Jahren in der Thüringer Neonazi-Szene aktiv und falle immer wieder durch Straftaten mit Waffen, Beschaffungskriminalität und gewalttätige Übergriffe auf.

Der 38-jährige sei mehrfach Mitglied von rechten Musikgruppen, zuletzt u.a. als Schlagzeuger, Bandleader und Texter von rassistischen und antisemitischen Liedern. Er organisiert seit Jah-

ren Räumlichkeiten für Szene-Treffen, u.a. Proberäume für rechte Musikprojekte und für Konzerte, so als Bewohner des seit dem Jahr 2012 bekannt gewordenen Neonazi-Treffpunkts „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel. Seit einem Jahr ist er in der Ballstädter Immobilie aktiv.

Thüringer Ermittler führten Razzien im Juni 2012 und im August 2013 bei Wagner durch. Der Neonazi unterhält überregionale Kontakte in die Szene, aber auch zu Angehörigen aus dem Umfeld der NPD.

„Nach uns vorliegenden Informationen störte er im Jahr 2004 zusammen mit einem heutigen NPD-Landesvorstandsmitglied eine DGB-Montagsdemonstration in Gotha mit einem Transparent des ‚Thüringer Heimatschutzes‘. Wenige Monate später wurde er festgenommen und beschuldigt, zusammen mit dem späteren NPD-Landtagskandidaten aus Saalfeld-Rudolstadt eine Person mit einem Auto und unter Androhung einer Schusswaffe kurzzeitig entführt zu haben“, so Katharina König.

Wagner und seine Musikgruppe SKD fühlten sich dem internationalen Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“ zugehörig. Heute schreibt die Gruppe Solidaritätstexte für den mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben und sammelt mit dem Erlös der CDs Geld für den Häftling in München. Im Jahr 2004 warfen Ermittler Wagner vor, thüringenweit die Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“ verbreitet zu haben. ■

KOMMENTIERT:

von Margit Jung

Eltern-Kind-Zentren

Neben dem Bundesbetreuungsgeld wird das Landeserziehungsgeld in Thüringen zusätzlich gezahlt. Eine finanzielle staatliche Leistung wird dafür gewährt, dass eine strukturelle staatliche Leistung nicht in Anspruch genommen wird. Genau darin liegt unser Problem.

Wer einen Kulturkampf führt, schert sich offensichtlich überhaupt nicht um die Realität. Geld für dieses Familienmodell auszugeben, das von immer weniger Familien gelebt wird oder auch gelebt werden kann, ist einfach nur weltfremd, anders kann man das nicht bezeichnen.

Für uns als LINKE gilt, die bislang für das Thüringer Erziehungsgeld eingesetzten Mittel für das zu verwenden, was Familien wirklich hilft. Dazu gehören nach wie vor der bedarfsgerechte Ausbau der Krippenplätze in Thüringen, die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren, die weitere hochwertige Qualifizierung des Fachpersonals im Bereich frühkindliche Bildung sowie Leistungen für Kinder, die wirklich Unterstützungsbedarf haben.

Auch ist der Ansatz, Kitas zu Eltern-Kind-Zentren zu entwickeln und zu verwandeln, in denen Mütter und Väter Ansprechpartner für familiäre Aufgaben haben, in denen Informationsveranstaltungen, Fortbildungskurse durchgeführt werden können und in denen sich Eltern miteinander treffen können, ein guter Beitrag, um das Geld, was Sie (die CDU, d.R.) für Ihr Familienmodell ausgeben, sinnvoller einzusetzen.

Es wäre im Sinne früher Hilfen und Vernetzung unterschiedlicher Angebote also sehr gut investiertes Geld. Wir wissen auch, dass frühkindliche Bildung einen hohen Anspruch an Erzieherinnen und Leiterinnen der Kitas stellt, und dass es sinnvoll wäre, hier mehr Qualifizierungsangebote bereitzustellen und das muss natürlich auch bezahlt werden.

Das sind nur einige Beispiele, wie die frei werdenden Millionen sinnvoll eingesetzt werden können. Also, wir wollen dieses Geld für Familien weiterhin einsetzen.

Aus dem Protokoll der Landtagsdebatte vom 23. Januar: Rede der familienpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Margit Jung, in der Diskussion um das Thüringer Erziehungsgeldgesetz

AKTUELL Mehr Frauen in Kommunalparlamente

Mit Blick auf die am 25. Mai in Thüringen stattfindenden Kommunalwahlen hat die Linksfraktion eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in den kommunalen Vertretungen des Landes gefordert.

„Dazu bedarf es auch der Unterstützung durch Landtag und Landesregierung“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion, Frank Kuschel. Es gebe ein deutliches Missverhältnis zwischen Frauen und Männern bei der Besetzung von kommunalen Mandaten in Kreistagen und Gemeinderäten. Thüringen belege im bundesweiten Vergleich einen der hinteren Plätze, der Frauenanteil in kommunalen Vertretungen liege bei lediglich 23 Prozent. „Damit steht Thüringen zwar im Vergleich zu den anderen beiden mitteldeutschen

Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt etwas besser da, bei denen der Anteil bei jeweils 19 Prozent liegt, trotzdem befindet sich Thüringen drei Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Es muss jetzt geprüft werden, welche Gründe es für diesen Zustand gibt und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Anteil von Frauen in kommunalen Vertretungen nachhaltig zu erhöhen“, betonte der LINKE-Kommunalexperte.

Auf Anregung des Landesfrauenrates, die rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung einer Frauenquote bei den Kommunalwahlen zu prüfen, wurde auf Bitte der Linksfraktion ein Gutachten durch den wissenschaftlichen Dienst des Landtags erstellt. „Aus verfassungsrechtlichen Gründen kann offensichtlich nicht die Einführung einer

Frauenquote bei den Kommunalwahlen in Erwägung gezogen werden. Es bleibt nur der Weg, durch eine gezielte Förderung sowie Unterstützungsmaßnahmen die Parteien und Wählergruppen zu motivieren, Frauen bei der Aufstellung der Listen besonders zu berücksichtigen“, so Frank Kuschel. Zudem könnten die Kommunen gesetzlich verpflichtet werden, die Mandatsausübung durch Frauen besonders zu unterstützen. Dazu gehören familienfreundliche Sitzungsabläufe und ein Angebot der Kinderbetreuung während der Zeit der Mandatswahrnehmung.

Eine parlamentarische Initiative der LINKEN „Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote bei Landtags- und Kommunalwahlen“ war allerdings von der Mehrheit des Thüringer Landtags abgelehnt worden. ■